



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2015

**von**

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

**Betrifft: Stadt Graz erklärt sich zur „TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde“**

Seit Juli 2013 verhandelt die EU mit den USA über die "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" und seit zwei Jahren sind die Verhandlungen zum Thema TTIP/CETA/TiSA auch Gegenstand des öffentlichen Diskurses. Die Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA hätten auch auf die Eigenständigkeit der Gemeinden weitreichende Auswirkungen und hier insbesondere auf die kommunale Gestaltungsfreiheit bei der Erbringung kommunaler Dienstleistungen, wie beispielsweise Wasserversorgung, Pflege oder Bildung. Welche dieser Dienstleistungen unter welchen Bedingungen ausgeschrieben werden müssen, das wird in diesem Abkommen verhandelt. Die TTIP/CETA/TiSA-Verhandlungen und deren Ergebnisse werden also uns als Stadt ganz direkt betreffen.

Daher sind in vielen Städten und Orten Organisationen, Einzelpersonen und GemeinderätInnen schon aktiv geworden: Sie rufen ihre kommunale Verwaltung und Öffentlichkeit dazu auf, sich kritisch mit TTIP auseinanderzusetzen. Allein am 18. April des heurigen Jahres gingen 22.000 Menschen in ganz Österreich auf die Straße, um ihrer Kritik an TTIP/CETA/TiSA Ausdruck zu verleihen.

Eine konkrete Initiative, in der Gemeinden sich kritisch gegen das geplante Abkommen aussprechen können, hat ein Zusammenschluss von Vereinen wie attac, Global 2000, Südwind u.a. gestartet. Die Gemeinderesolution „TTIP/CETA/TiSA-freie Gemeinde“ ermöglicht Kommunen eine gemeinsame kritische Stellungnahme. Bisher haben schon 220 Gemeinden die Resolution unterzeichnet.

Die Stadt Graz hat bereits in der Gemeinderatssitzung im Mai 2014 auf Initiative des Kollegen GR Philip Pacanda eine kritische Position gegenüber TTIP beschlossen. Angesichts der aktuellen Situation

bei den Verhandlungen rund um TTIP/CETA/TiSA sollte die Stadt Graz aber einen nächsten Schritt tun.

Im April 2015 sprachen sich zwei Ausschüsse des Europäischen Parlaments gegen die umstrittenen Schiedsgerichte, die im Rahmen des Abkommens geplant sind, aus. Die ursprünglich für den 10. Juni 2015 geplante Abstimmung der Resolution des Europäischen Parlaments an die Europäische Kommission wurde jedoch verschoben. Diese Verschiebung eröffnet nun die Möglichkeit, dass sich auch die Stadt Graz in den Kreis jener bereits über 220 Gemeinden einreihet, die sich zur „TTIP/CETA/TISA-freien Gemeinde“ erklärt haben und damit die Forderungen vieler besorgter BürgerInnen und NGOs unterstützen.

Derzeit laufen die Verhandlungen im Europäischen Parlament zu den umstrittenen Schiedsgerichten und es ist aktuell unklar, wie die Resolution an die Kommission letztendlich aussehen wird. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Graz nun im Sinne ihrer BürgerInnen und zum Schutz unserer Daseinsvorsorge und unserer hohen Standards ein klares Bekenntnis gegen TTIP/CETA/TiSA abgibt.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

Die Stadt Graz unterstützt und unterzeichnet die dem Dringlichen Antrag beigefügte Resolution „250 Gemeinden TTIP FREI“ und erklärt sich zur „TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde“.



## Resolution: TTIP/CETA/TiSA-freie Gemeinde

Die Gemeinde \_\_\_\_\_

erklärt sich zur "TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde".

Mit der Erklärung zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde werden folgende Forderungen an die Bundesregierung, an die Abgeordneten des Nationalrates und an das europäische Parlament verbunden:

- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken
- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, die Instrumente des Investitionsschutzes enthalten
- Aussetzen der TTIP & TiSA-Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Ablehnen des CETA-Abkommens durch die österreichische Regierung bzw. die Abgeordneten des Nationalrates bzw. die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament
- die Offenlegung der Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere von TTIP, CETA und TiSA für BürgerInnen und ParlamentarierInnen
- die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Begründung:

Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der CETA- und TiSA-Abkommen verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer weitere Deregulierungsmaßnahmen und –schritte, die alle Lebensbereiche betreffen. Teilbereiche davon sind der Dienstleistungssektor und die öffentliche Auftragsvergabe. Laut dem durchgesickerten Verhandlungsmandat für TTIP und den durchgesickerten Verhandlungsdokumenten für CETA und TiSA ist das Ziel dieser Abkommen, bestehende Liberalisierungen des Dienstleistungsbereichs über diese Abkommen festzuschreiben.

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle BürgerInnen freien Zugang haben müssen, sind von diesen Abkommen betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw. Lediglich jene Bereiche, die explizit in Form eines Negativlistenansatzes ausgenommen werden, fallen nicht darunter.

Darüber hinaus sollen Konzerne, die in einer der Regionen bzw. Länder, die TTIP, CETA und TiSA verhandeln, eine Niederlassung haben, in Zukunft bei der Ausschreibung von öffentlichen Verträgen mitbieten können.

Freihandelsabkommen – so auch diese – sind für alle Gebietskörperschaften, also vom Bund über die Bundesländer bis zu den Gemeinden gültig; sie sind für alle Gebietskörperschaften verpflichtend. Bundesländer und Gemeinden sind also direkt betroffen. TTIP, CETA und TiSA stellen das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem sie namentlich die Möglichkeit der lokalen Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen einschränken im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Konzernen auch Klagerechte gegenüber Staaten zugesprochen werden – der sogenannte Investitionsschutz. Solche Klagen sollen von privaten Schiedsgerichten entschieden werden, die der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - nur beschränkt zugänglich sind und für die es keine Berufungsmöglichkeiten gibt. Damit können diese Konzerne in Zukunft Staaten (und indirekt Gemeinden) auf entgangenen Gewinn oder zu hohe Umweltauflagen klagen. Dies kann auch Gemeinden treffen. So hat Vattenfall 2009 Deutschland wegen zu hoher Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg geklagt.

Erstmalig wird im TTIP-Abkommen ein regulatorischer Rat verhandelt, der dieses Abkommen zu einem „lebenden Abkommen“ machen soll. Dieser Rat soll von Vertretern der Europäischen Kommission und der US-Regierung beschiedt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen sollen bestehende und zukünftige Gesetze, Vorschriften und Standards zum Schutz von Leben und Gesundheit, zum Umwelt- und KonsumentInnenschutz insbesondere auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten darauf überprüft werden, ob sie ein unnötiges Handelshemmnis zwischen den betreffenden Ländern darstellen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Harmonisierung gesetzt werden. Ausgewählte Stakeholder (vor allem Konzerne) sollen in die Arbeit des regulatorischen Rates eingebunden werden.

Egal, welche Handels- und Investitionsabkommen verhandelt werden – ein grundlegendes Problem ist immer die fehlende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der verhandelnden Ländern USA und Kanada sind bekannt. Noch gravierender ist das diesen Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies unterminiert die Grundpfeiler der Demokratie und muss deshalb grundsätzlich geändert werden. Verschiedene Gemeinden in Europa haben bereits Maßnahmen gegen TTIP, CETA und TiSA ergriffen und ähnlich lautende Resolutionen unterschrieben.

---

Ort, Datum

für die Gemeinde

Weitere Informationen zur Kampagne TTIP STOPPEN finden sich unter [www.ttip-stoppen.at](http://www.ttip-stoppen.at)

Eine Initiative von:



in Zusammenarbeit mit:

